

BEGRÜNDUNG

zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Hemme
für das Gebiet „westlich der Dorfstraße vom Einmündungsbereich Vossweg
bis ca. 200 m nördlich des Einmündungsbereiches

1. Allgemeines

Die Gemeinde Hemme hat z. Z. rd. 510 Einwohner.

Hemme liegt im nördlichen Teil Dithmarschens an der Bundesstraße 5 a (B 5 a), ca. 10 km nördlich der Kreisstadt Heide.

Nach dem Regionalplan des Planungsraumes IV des Landes Schleswig-Holstein ist der Gemeinde Hemme die Wohnfunktion als Hauptfunktion und die Agrarfunktion als Nebenfunktion zugewiesen.

2. Lage und Topographie des Bebauungsplanes

Die Lage des Bebauungsplanes ist aus dem Übersichtsplan im Maßstab 1 : 10.000 zu ersehen. Das Gebiet befindet sich westlich der Landesstraße 156 (L 156) unmittelbar nördlich der Einmündung der Kreisstraße 67 (K 67).

Das ca. 1 ha große Marschgelände liegt im Bereich der Eidermarsch.

Das Relief im Plangebiet ist geprägt durch einen Niveauunterschied von bis zu 1,50 m zwischen den bereits bebauten erhabenen liegenden Wurthen sowie der Trasse der L 156 und den auf dem Niveau der umgebenden Marschenflächen liegenden neuen Baugrundstücke.

3. Eigentumsverhältnisse

Die gesamte Fläche des Planbereiches befindet sich im Privateigentum. Der Eigentümer der festgesetzten Baugebiete (Grundstücke 2, 3, 4 und 5) hat der Gemeinde gegenüber glaubhaft seine Verkaufsbereitschaft versichert.

4. Notwendigkeit der Erschließung und Planungsziele der Gemeinde

Die Aufstellung des Bebauungsplanes ist nunmehr erforderlich geworden, um dem Bedarf an Grundstücken für Wohnhausbauten, sowie einer Umnutzung eines ehemals landwirtschaftlich genutzten Grundstückes für gewerbliche Zwecke Rechnung zu tragen.

Die Größe des Erweiterungsgebietes wurde notwendig, um den z. Z. vorhandenen örtlichen Eigenbedarf der Gemeinde zu decken und um eine wirtschaftliche Lösung der Erschließungsmaßnahmen mit der übrigen Ortslage und dem vorhandenen Baugebiet zu erreichen. Das Baugebiet wird entsprechend den Planungszielen der Gemeinde in Anlehnung an die vorhandene bauliche und Nutzungsstruktur entlang der Dorfstraße als Mischgebiet (MI) festgesetzt.

Zur Verwirklichung der Planungsziele, um den Charakter der bebauten Ortslage zu festigen und um das Ortsbild von Hemme nicht zu beeinträchtigen werden entsprechend dem vorhandenen Bedarf auf den festgesetzten Baugrundstücken 2, 3, 4, 5, 6 und 7 nur Einzelhäuser mit max. 2 Wohnungen zugelassen. Die aufgelockerte Bebauung soll erhalten werden.

Weiterhin werden aus den zuvor genannten städtebaulichen Gründen die nach § 6 Abs. 2 Nr. 6, 7 und 8 BauNVO allgemein zulässigen Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a Abs. 3 Nr. 2 auch in den Teilen des Gebiets, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind, nicht zugelassen. Von diesen Betrieben und Anlagen werden Beeinträchtigungen erwartet wie z. B. Lärmbelästigungen durch zusätzlichen Kfz-Verkehr oder Belästigungen durch Lärm oder Gerüche durch die Betriebe selbst. Außerdem werden die nach § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a Abs. 3 Nr. 2 außerhalb der in Abs. 2 Nr. 8 bezeichneten Teil des Gebietes nicht zugelassen. Bei den Festsetzungen des Mischgebietes sind weitere Belange des Umweltschutzes beachtet worden. Es ist nicht zu erwarten, daß das Mischgebiet unzumutbar durch Immissionen beeinträchtigt wird. Emissionsträchtige Gewerbebetriebe und landwirtschaftliche Betriebsgrundstücke liegen nicht im Einwirkungsbereich des Baugebietes. Der Plangeltungsbereich des Bebauungsplanes liegt direkt an der L 156 innerhalb der bebauten Ortsdurchfahrtsgrenze.

Nach einer Ermittlung des Beurteilungspegels nach der DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau - (siehe Anlage zur vorliegenden Begründung) werden die Orientierungswerte nach dem Beiblatt 1 zur DIN 18005 - Teil 1 - für Mischgebiete - auf den Grundstücken 1 - 5 nicht überschritten. Für die Grundstücke 6 und 7 sind Schallschutzmaßnahmen erforderlich (siehe Anlage). Da die örtlichen Verhältnisse aktive Schallschutzmaßnahmen nicht zulassen, sind Maßnahmen zum Schutz gegen Außenlärm; Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen nach DIN 4109 - Schallschutz im Hochbau - zu treffen.

Die Gemeinde Hemme verfügt über keinen rechtswirksamen Flächennutzungsplan. Der Flächennutzungsplanentwurf, für den die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgt ist, weist für den vorliegenden Bereich eine Fläche für die Landwirtschaft aus. Der Bebauungsplan soll der Deckung eines dringenden Wohnbedarfs der Bevölkerung dienen. Sie steht der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung des Gemeindegebietes nicht entgegen. Im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms Hemme ist dieser Bereich als Baulücke angegeben, deren Bebauung mit der Entwicklung der Siedlungsstruktur Hemmes in Einklang steht. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt entsprechend § 8 Abs. 4 BauGB. Aufgrund des fortgeschrittenen Verfahrensstandes des Flächennutzungsplanes wird von einer Einbeziehung zum jetzigen Zeitpunkt abgesehen. Die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes werden bei der künftigen Änderung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt.

5. Maßnahmen für die Ordnung des Grund und Bodens

Maßnahmen für die Ordnung des Grund und Bodens sind nicht erforderlich, da sich die festgesetzten Baugebiete im privaten Eigentum befinden und öffentliche Flächen nicht benötigt werden. Soweit die vorhandenen Grenzen eine Bebauung nach dem vorliegenden Bebauungsplan nicht zulassen, können bodenordnende Maßnahmen nach §§ 45 ff. BauGB, bei Grenzregelungen

das Verfahren nach §§ 80 ff. BauGB sowie bei Inanspruchnahme privater Flächen für öffentliche Zwecke das Verfahren nach §§ 85 ff. BauGB vorgesehen werden. Die Maßnahmen und Verfahren werden jedoch nur dann vorgesehen, wenn sie nicht oder nicht rechtzeitig im Wege freier Vereinbarungen durchgeführt werden können.

6. Versorgungseinrichtungen

6.1 Stromversorgung

Die Versorgung des Baugebietes mit elektrischer Energie erfolgt durch die Schleswig AG.

6.2 Fernmeldeeinrichtungen

Das Baugebiet wird an das vorhandene Fernmeldenetz der Deutschen Telekom angeschlossen.

6.3 Wasserversorgung

Die Wasserversorgung im Plangeltungsbereich erfolgt durch den Wasserbeschaffungsverband Norderdithmarschen.

6.4 Feuerlöscheinrichtungen

Das Wasserleitungsnetz erhält in den vorgeschriebenen Abständen Unterflurhydranten, die eine ausreichende Brandbekämpfung sicherstellen.

7. Entsorgungseinrichtungen

7.1 Müllbeseitigung

Die Müllbeseitigung erfolgt über die zentrale Müllabfuhr. Sie ist durch Satzung über die Abfallbeseitigung im Kreis Dithmarschen geregelt.

7.2 Abwasserbeseitigung

Das Schmutzwasser der Grundstücke 2, 3, 4, 5, 6 und 7 wird mit Rücksicht auf die Reinhaltung der Gewässer über Kanalisationsleitungen der im Bebauungsplan vorgesehenen Gemeinschaftskläranlage nach DIN 4261 Teil II zugeführt. Die Kläranlage soll gemeinsam von den Grundstückseigentümern betrieben und unterhalten werden. Der Betrieb und die Unterhaltung der Gemeinschaftskläranlage werden von den betroffenen Grundstückseigentümern vertraglich geregelt. Die Anlage wird über die mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht belastete Zufahrt erschlossen. Sollten die Baugrundstücke nicht zeitgleich veräußert und bebaut werden, tritt die Gemeinde für die freien Grundstücke in Vorleistung. Die Gemeinde schließt mit dem jetzigen Eigentümer dahingehend eine vertragliche Vereinbarung ab, daß beim Verkauf der Grundstücke die jeweilige Verauslagung an die Gemeinde zurückzuzahlen ist.

Für das Grundstück Nr. 1 ist aufgrund seiner Einzellage als ehemals landwirtschaftlich genutztes Grundstück im Plangeltungsbereich, gekennzeichnet durch den offenen bis zu 10 m breiten Hofgraben, der das Grundstück im Osten, Westen und Norden begrenzend einfaßt, eine Kläranlage nach DIN 4261 Teil II auf dem Grundstück selbst vorgesehen. Durch diese sollen nach dem Willen der Gemeinde zukünftig die Abwässer des Grundstückes Nr. 1 behandelt werden. Nach der zu erwartenden Nutzung des Grundstückes wird es sich voraussichtlich um 5 Wohneinheiten und einen Gewerbebetrieb handeln. Durch die technische Aufrüstung nach DIN 4261 Teil II und die Bereitstellung des erforderlichen Volumens für die zu erwartende Nutzung innerhalb der bestehenden Abwasseranlage wird eine Kreuzung des vorhandenen Hofgrabens, in dessen Randbereich sich eine Vielzahl von zu erhaltenden Bäumen befinden, durch Abwasserleitungen vermieden.

Das anfallende Oberflächenwasser und geklärte Abwasser wird in die vorhandenen Gewässer geleitet. Das von den neu entstandenen privaten Grundstücken 4 und 5 anfallende Oberflächenwasser soll dem Grundwasser über dem neu herzurichtenden Graben im Nordwesten des Plangeltungsbereiches zugeleitet werden. Der Graben soll mit flachen Böschungsneigungen so hergerichtet werden, daß er die Funktion eines naturnahen wechselfeuchten Kleingewässers erfüllt. Die Herrichtung des Grabens ist durch die künftigen Grundstückseigentümer sicherzustellen. Die Unterhaltung der vorhandenen und neu herzurichtenden Gräben im Plangeltungsbereich obliegt den betroffenen Anliegern jeweils bis zur Grabenmitte.

Etwaige Versickerungseinrichtungen auf den privaten Grundstücken sind entsprechend den jeweiligen standörtlichen Gegebenheiten optimal zu gestalten (siehe Arbeitsblatt A 138 - Bau und Vermessung entwässerungstechnischer Anlagen zur Versickerung von nicht schädlichen verschmutztem Niederschlagswasser - der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV)).

Die Planung und Ausführung der erforderlichen Maßnahmen zur Einleitung des Oberflächenwassers und geklärten Schmutzwassers in die Vorflut hat im Einvernehmen mit den Fachbehörden zu erfolgen. Die technischen Bestimmungen zum Bau und Betrieb von Anlagen zur Abwasserbehandlung gemäß Bekanntmachung des Ministers für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein vom 25.11.1992 werden beachtet.

8. Straßenerschließung

Die Baugrundstücke innerhalb des Bebauungsplanes werden über die L 156 erschlossen. Zugunsten der Grundstücke 3, 4 und 5 sowie der Fläche für die Abwasserbeseitigung - Kläranlage - wird eine Zufahrt mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht belastet. Mit Rücksicht auf die Böschungsbepflanzung auf der Ostseite des die Verkehrsfläche begrenzenden Grabens soll auch das Grundstück Nr. 3 über die mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht belastete Zufahrt erschlossen werden. Die Herstellung und die Unterhaltung obliegt den begünstigten Baugrundstücken 3, 4 und 5. Hierüber ist eine vertragliche Regelung anzufertigen, die bei dem Kaufvertrag zum Grundstücksverkehr bereits zu berücksichtigen ist.

Durch die Erschließung von weiteren 4 Baugrundstücken wird nicht mit einem wesentlich vermehrten Verkehrsaufkommen gerechnet.

9. Ruhender Verkehr

Die nach der Landesbauordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Stellplätze sind auf den Grundstücken selbst zu errichten. Die Festsetzung der öffentlichen Parkplätze richtet sich nach Ziffer 5.2.1.2 der EAE 85/95. Im Hinblick auf die dörfliche Bau- und Nutzungsstruktur werden die öffentlichen Parkplätze in einem Verhältnis von 1 : 5 zu den notwendigen Pflichtstellplätzen ermittelt. Für die Baugrundstücke 2 - 7 werden max. 12 Wohneinheiten (WE) erwartet.

$$12 \text{ WE} / 5 = 2 \text{ öffentliche Parkplätze.}$$

Aufgrund der vorhandenen ländlichen Siedlungsstruktur wird hier diesbezüglich der öffentlichen Parkplätze auf die in ausreichender Anzahl vorhandenen öffentlichen Parkplätze in der Straße „Am Klint“ und dem Feuerwehrgerätehaus hingewiesen. Diese befinden sich mit etwa 300 m in zumutbarer Entfernung. Aufgrund der vorgenommenen Festsetzungen und der erwarteten Nutzung ergibt sich für das Baugrundstück Nr. 1 ein Stellplatzbedarf von ca. 10 Stellplätzen.

$$10 \text{ Stellplätze} / 5 = 2 \text{ öffentliche Parkplätze.}$$

Der Anteil der öffentlichen Parkplätze wird hier zusätzlich vom Grundstückseigentümer als Stellplatz errichtet. Hierzu wird die Gemeinde mit dem Grundstückseigentümer eine vertragliche Regelung herbeiführen.

Zusätzliche Parkplätze werden nicht erforderlich.

10. Spielmöglichkeiten für Kinder

Der Spielplatzbedarf für Kleinkinder ist auf den Grundstücken selbst zu decken.

Der Spielplatzbedarf für schulpflichtige Kinder wird durch vorhandene Spielmöglichkeiten im Bereich der ehemaligen Schule und des Sportplatzes gedeckt. Diese liegen in zumutbarer Entfernung zum vorliegenden Bebauungsplangebiet ca. 1.200 m westlich an der Straße Sandweg. Weitere Spielmöglichkeiten werden in dem relativ kleinen Baugebiet nicht vorgesehen.

11. Naturschutz und Landschaftspflege

Die Realisierung des Bebauungsplanes, Errichtung der baulichen Anlagen und Erschließungsanlagen stellt nach dem Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) Schleswig-Holstein vom 16.06.1993 einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Das Landschaftsbild wird beeinträchtigt. Nach § 6 LNatSchG sind die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes auf der Grundlage des Landschaftsrahmenplanes unter Beachtung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung in Landschaftsplänen und ggf. auch durch einen Grünordnungsplan darzustellen. Ein Landschaftsplan ist noch nicht festgestellt worden. Eine Entwurfsbeschlußfassung steht kurz bevor. Die Planaufsteller sind am Entwurf zum Bebauungsplan beratend beteiligt. Die Gemeinde Hemme hat am 08.10.1996 beim Minister für Umwelt, Natur und Forsten als oberste Naturschutzbehörde über die untere Naturschutzbehörde des Kreises Dithmarschen einen Antrag nach § 6 LNatSchG auf Ausnahme von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Landschaftsplanes gestellt. Dem Antrag wurde mit Erlaß des Herrn Ministers für Umwelt, Natur und Forsten vom 28.07.1997 zugestimmt.

Durch die Realisierung des Bebauungsplanes sind folgende Eingriffstatbestände zu erwarten:

- Beeinträchtigung des Landschaftsbildes
- Überbauung und Versiegelung von Grünland mit allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz
- Teilverrohrung eines Beetgrabens

Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes und der von einem Eingriff betroffenen Fläche und der Geringfügigkeit des Eingriffs stellt die Gemeinde keinen Grünordnungsplan auf.

Die erforderlichen Eingriffsminimierungen wie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden im Geltungsbereich des Bebauungsplanes festgesetzt:

- Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen

Erhalt der Großbäume und landschaftsbestimmenden Bäume auf der ehemaligen Hofstelle (Flurstück 64/5).

Erhalt der Grabenstruktur auf dem Flurstück 63/4 und entlang der Straße L 156.

- Maßnahmen zur Verminderung der Beeinträchtigungen

Begrenzung der Grundflächenzahl, um die Versiegelungsflächen relativ gering zu halten.

Zurückhaltende Erschließung

Die Oberflächenbeläge des mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht belegten Grundstückes sowie die Grundstückszufahrten sind nur in wasserdurchlässigem Material zulässig.

Beschränkung auf eine Teilverrohrung eines Beetgrabens

Begrenzung der Nutzung für die neugeschaffenen Baugrundstücke auf die Errichtung von Einzelhäusern mit nicht mehr als 2 Wohnungen zur Vermeidung einer wesentlichen Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes.

Begrenzung der Höhen der baulichen Anlagen zur Vermeidung einer wesentlichen Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes.

- Maßnahmen zum Ausgleich für die zu erwartenden Beeinträchtigungen

Für den Verlust von Flächen mit allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz, durch die Überbauung des Grünlandes, ist im Bebauungsplan eine Fläche als Maßnahmenfläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft in einer Größe von 1000 m² festgesetzt. Dies entspricht den maximalen erreichbaren Versiegelungsgrad nach § 19 BauNVO für die festgesetzten Baugrundstücke. Weiterhin berücksichtigt ist die wasserdurchlässige Versiegelung der Zufahrt und des Grundstücks für die Kläranlage.

Als Ausgleich für die Teilverrohrung des Beetgrabens wird an der nördlichen und nordwestlichen Grenze des Plangeltungsbereiches ein neu anzulegender Entwässerungsgraben festgesetzt.

Als Ausgleich für Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sind am Siedlungsrand Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ausgewiesen.

Durch die Umsetzung der vorgenannten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wird in der Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich ein ausgeglichenes Verhältnis erreicht.

Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind ausschließlich durch die künftigen Grundstückseigentümer der Baugrundstücke jeweils auf dem Grundstück entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes vorzunehmen.

12. Kulturdenkmale

Auf den Grundstücken 6 und 7 befindet sich der nordwestliche Teil der Wurth mit der Landesaufnahme Nr. 24 als einfaches archäologisches Denkmal nach § 1 Denkmalschutzgesetz. Wenn auf diesen Grundstücken Baumaßnahmen durchgeführt werden, soll das Archäologische Landesamt, Schloß Anettenhöh, Brockdorff-Rantzau-Str. 70, in 24837 Schleswig, beteiligt werden.

Wenn auf dem Grundstück 1 das vorhandene Gebäude abgebrochen werden soll und ein Neubau oder Anbau erfolgt, ist dem Forschungs- und Technologiezentrum, Hafentörn, in 25761 Büsum, Gelegenheit zu geben, die notwendigen archäologischen Untersuchungen durchzuführen.

Die Gestalt der Wurth soll erhalten bleiben. Es soll keine Einplanierung des Ausbaus erfolgen. Bei einem vereinfachten Baugenehmigungsverfahren soll die Beteiligung durch den Architekten erfolgen.

13. Kosten / Finanzierung

13.1 Kosten

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes werden nachfolgende Kosten ermittelt:

- Grunderwerb	-
- Erschließungskosten	-
- Abwasserbeseitigung	-
- Ausgleichsmaßnahmen	-
- Planungskosten	ca. 6.000 DM

13.2 Finanzierung

Das Baugebiet verbleibt im Privateigentum. Die Gemeinde wird nicht durch Grunderwerbskosten belastet. Eine öffentliche Erschließung ist nicht erforderlich. Erschließungskosten fallen nicht an.

Die gemeinsame Kläranlage und die Ausgleichsmaßnahmen sind durch die künftigen Grundstückseigentümer herzustellen und zu unterhalten. Aufwendungen für die Schmutzwasserkanalisation sowie für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen fallen für die Gemeinde nicht an.

Aufwendungen für die Herstellung der Wasserversorgungseinrichtungen trägt der Wasserbeschaffungsverband Norderdithmarschen. Das Amt KLG Lunden erhebt zur Deckung der dafür an den Wasserbeschaffungsverband zu leistenden Verbandsbeiträge kostendeckende Anschlußbeiträge, öffentlich rechtliche Erstattungsbeiträge und Nutzungsgebühren nach der Beitrags- und Gebührensatzung für die Wasserversorgung. Die Finanzkraft der Gemeinde wird dadurch nicht belastet.

Die Planungskosten werden nach Rechtskraft des Bebauungsplanes, voraussichtlich noch im Jahre 1997 bei der Haushaltsplanung durch allgemeine Haushaltsmittel berücksichtigt.

Hemme, den 28.10.1997



Gemeinde Hemme
- Bürgermeister -

Anlage zur Begründung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Hemme

Ermittlung der Beurteilungspegel nach DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau -

1. Allgemeines

Die bei der nachfolgenden Berechnung verwendeten Zahlen über die durchschnittlichen täglichen Verkehrsmengen des Jahres (DTV) entstammen der „Verkehrsmengenkarte 95“.

$$\text{DTV} = \frac{1660}{215}$$

Der Straßenbelag in dem Streckenabschnitt der L 156 besteht aus Asphaltbeton.

Die max. Höchstgeschwindigkeit ist mit 50 km/h angenommen worden.

Der Abstand von der Mitte der Fahrbahn der L 156 bis zum östlichen Rand der überbaubaren Grundstücksflächen beträgt rd. 20 m.

2. Ermittlung des Beurteilungspegels

a) in 25 m Abstand

$$M_t = 0,06 \times \text{DTV}$$

$$M_n = 0,008 \times \text{DTV}$$

$$p_t = 20 \%$$

$$p_n = 20 \%$$

Maßgebende stündliche Verkehrsstärke M tags/nachts
Tabelle 4 DIN 18005

$$M_t = 0,06 \times 2000 = 120 \text{ Fz/h}$$

$$M_n = 0,008 \times 2000 = 16 \text{ Fz/h}$$

$L_m(25)$ aus Bild 3 DIN 18005

$$\text{tags: } M = 120, p = 13 \quad L_m(25) = 61,0 \text{ dB}$$

$$\text{nachts: } M = 16, p = 10 \quad L_m(25) = 51,5 \text{ dB}$$

Lv Bild 4 DIN 18005

Geschwindigkeit 50 km/h

tags: $p = 13 \%$ $L_v = -3,9 \text{ dB}$

nachts: $p = 10 \%$ $L_v = -4,1 \text{ dB}$

$L_{STRO} : -0,5 \text{ dB}$

$L_{STG} : 0$

$L_{m/E} = 61,0 \text{ dB} + (-0,5) + (-3,9) = 56,6 \text{ dB; tags}$

$L_{m/E} = 51,5 \text{ dB} + (-0,5) + (-4,1) = 46,9 \text{ dB; nachts}$

b) in 20 m Abstand

Bild 19 DIN 18005 Teil 1

tags: $L_r = 56,6 \text{ dB} - (-1,5) = 58,1 \text{ dB} < 60 \text{ dB} * \text{zul. MI}$

nachts: $L_r = 46,9 \text{ dB} - (-1,5) = 48,4 \text{ dB} < 50 \text{ dB} * \text{zul. MI}$

* Schalltechnische Orientierungswerte gem. Beiblatt 1
Nr. 1.1 zu DIN 18005 Teil 1

Bei Dorf- und Mischgebieten: tags 60 dB
nachts 50 dB

c) in 8 m Abstand (Grundstücke 6 und 7 im Mittel)

Bild 19 DIN 18005 Teil 1

tags: $L_r = 56,6 \text{ dB} - (-5,0) = 61,6 \text{ dB} < 60 \text{ dB} * \text{zul. MI}$

nachts: $L_r = 46,9 \text{ dB} - (-5,0) = 51,9 \text{ dB} < 50 \text{ dB} * \text{zul. MI}$

3. Beurteilung

3.1 Die Orientierungswerte für Verkehrslärm nach dem Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 werden für Mischgebiete auf den Grundstücken 1 - 5 eingehalten.

3.2 Die Orientierungswerte für Verkehrslärm nach dem Beiblatt 1 zur DIN 18005 Teil 1 für Mischgebiete werden bei den Wohngebäuden der Grundstücke 6 und 7 nicht eingehalten. Hier sind Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

3.3 Ermittlung maßgeblicher Außenlärmpegel:

DIN 4109 5.5.2 ; $61,6 \text{ dB} + 3 \text{ dB}_{(A)} = 64,6 \text{ dB}_{(A)}$
- Lärmpegelbereich III Tabelle 8 DIN 4109

Eigentümerverzeichnis

zum Bebauungsplan Nr. 1 der Gemeinde Hemme

Gemarkung	Flur	Flurstück	Eigentümer
Hemme	2	59/1	Stöven, Elsbeth Grete, geb. Wiborg
		61	Stöven, Elsbeth Grete, geb. Wiborg
		62	Nath, Walter
		63/4	Güldenzoph, Niss-Boy
		64/5	Schmück, Herbert

Die Übereinstimmung des Inhalts dieses Auszuges mit dem Inhalt des Katasterbuchwerkes wird hiermit beglaubigt.



Meldorf, den
Katasteramt
Im Auftrag

03. Okt. 1997